

CO2-Zertifikate sind Gift für Arbeitsplätze und Wohlstand

Planwirtschaft

NAEB 1905

Viele Politiker, aber auch Wirtschaftsinstitute und sogar der Bundesrechnungshof empfehlen, die Kosten für den Kohlenstoffdioxidausstoß aus Brennstoffen zu erhöhen, um die Energiewende durchzusetzen.

Die Energie aus Kohle und Erdöl soll so teuer werden als Strom aus Wind, Sonne und Biomasse in Kombination mit Erdgas. Damit würden die klassischen Brennstoffe für unsere sichere und preiswerte Stromversorgung unattraktiv werden.

Doch das ist eine Fehlkalkulation. Kohle und Erdöl, in einigen Ländern Kernenergie und Gas sind weltweit das Rückgrat für Arbeitsplätze und Wohlstand. In den nächsten zwei Dekaden wird bei dem weiter steigenden Strombedarf die Kohleverstromungskapazität nochmals um 30% steigen. Das Ausland hat das erkannt und wundert sich oder lacht über die Energiewende in Deutschland.

Ablasshandel durch Zertifikate

Die Kohleausstiegskommission schlägt nun aber die Stilllegung der Kohlekraftwerke bis zum Jahr 2038 vor. Deutschland soll dann mit Wind-, Solar- und Biogasstrom (Fakepower, s.u.) ergänzt um Gas bei Dunkelflaute (Strommangel durch wenig Wind und Sonne) versorgt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen viele Politiker, Wirtschaftswissenschaftler und selbst viele Vertreter der Industrie vor, statt staatlich angeordneter Abschaltung von Kohlekraftwerken die Zertifikats-Kosten für Emissionen von Kohlenstoffdioxid (CO₂) aus Brennstoffen zu erhöhen. Die steigenden Energiekosten würden die Verbraucher zu Einsparungen zwingen und gleichzeitig die Kosten des Kraftwerkstroms über die Vergütungskosten für Ökostrom treiben. Damit würden die Kohlekraftwerke unwirtschaftlich und die Betreiber aus eigenem Entschluss die Produktion aufgeben.

In der Tat ist dieser Effekt jetzt schon in ähnlicher Form durch den Dumping-Effekt des Fakepower-Stromes resultierend aus den EEG-Subventionen gegeben. Aber von denen will man weg. So versucht man über die CO₂-Zertifikate-Verteuerung den konventionellen Strom so zu verteuern, dass der gewünschte Effekt eintritt. CO₂-Zertifikate werden an einer Börse gehandelt und verteuern u.a. die Erzeugung von konventionellem Strom aus Kohle, Öl und in geringerem Masse auch Erdgas.

Enorme Zusatzkosten

Die Verteuerung allein reicht allerdings nicht aus, den gewünschten Effekt des stark erhöhten Jahresanteils Fakepower (bis zu 80% als Endziel, in 2017 waren es tatsächlich 25% und nicht wie immer behauptet 33%) zu bewirken. Mit technischen Maßnahmen unvorstellbarer Kostendimension zur Netzstabilisierung über Kurzzeit-Batteriepufferung wird auch der Strom-Jahresanteil der noch zu bauenden Gaskraftwerke stark begrenzt werden, so dass gemäß NAEB-Schätzung ein Jahresanteil von 50% bis zum Jahr 2030 bei gleichzeitigem vollständigem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung technisch realisierbar ist, ohne dass es zu nennenswerten Blackouts kommt.

Diese technischen Aspekte des Energiewende-Konzeptes sind aber den Politikern noch gar nicht zur Kenntnis gelangt. Es werden weder die Auswirkungen umfassend bewertet noch wird gefragt, ob eine vollständige und sichere Versorgung mit Fakepower überhaupt möglich ist. Schaut man genauer hin, sind Zertifikate schon grundsätzlich ein Marsch in die falsche Richtung.

Preiswerte Versorgungssicherheit geht verloren

Der Fakepower-Ausbau führt zu immer höheren Strompreisen und ohne die oben skizzierten Maßnahmen zu immer unsicherer Versorgung. Viele Politiker können wohl Leistung und Energie nicht auseinanderhalten. Sie glauben, eine Versorgung wäre gesichert, wenn die nachgefragte Jahresstrommenge (Energie) produziert wird. Eine solche Sicht gilt für lagerfähige Produkte wie Zucker, Mehl oder Ersatzteile, nicht aber für Strom.

Strom aus Sonne, Wind und Biogas ist wertlos. Es gibt ihn nur, weil die Politik 1991 das Stromeinspeise-Gesetz beschlossen und 2000 durch das noch wirksamere EEG ersetzt hat. Sein Wert (an der Strombörse) ergibt sich ausschließlich über die Vorgaben aus diesem Gesetz mit z.T. abenteuerlichen Auswirkungen: Bei Überschuss müssen auch noch die "Entsorgungskosten" (negative Erlöse bei Abfluss ins Ausland) bezahlt werden. Das zeigen die negativen Strompreise an der Strom-Börse. Der Stromverbraucherschutz NAEB bezeichnet ihn daher zu Recht als Fakepower.

Es ist ein Trugschluss, zu glauben, man müsse die Kosten für Strom aus konventionellen Kraftwerken nur über die Fakepower-Kosten treiben, um die Kohlekraftwerke stillzusetzen und nur noch Fakepower zu nutzen. Der verlässliche Strom ist dann immer noch erforderlich und er muss dann mit noch zu bauenden drei Mal so teuren Gaskraftwerken erzeugt werden. Sicher ist nur: Die Strompreise steigen durch höhere Kosten für CO₂-Zertifikate weiter an. 10 Euro mehr für eine Tonne CO₂ erhöhen die Produktionskosten der konventionellen Kraftwerke um 1 Cent/kWh (20 bis 30 %). Und es wird dann nicht mehr Kohlestrom sondern Strom aus Erdgas sein.

Zusatzkosten ohne Ende

Die von vielen Politikern, Gewerkschaftlern, Wirtschaftsinstituten, dem Bundesrechnungshof und selbst Unternehmerverbänden und geforderte oder begrüßte Anhebung der CO₂-Zertifikatskosten zur "wirtschaftlichen" Stilllegung der Kohlekraftwerke wäre bei den geforderten Jahresquoten ohne zusätzlichen Stabilisierungsmaßnahmen der Weg in die Versorgungskatastrophe.

Mit diesen und dem Umstieg auf das dreimal so teure Erdgas wird das zu einer jährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtbelastung für die Stromversorgung von jährlich 140 Milliarden Euro bereits im Jahr 2030, also lange vor dem erreichten Endziel führen, kommend von rund 50 Milliarden im Jahr 2000, d.h. in 30 Jahren werden fast 100 Milliarden Euro Kaufkraft entzogen. (Mehr Information zu den Zahlen in der Vortragsunterlage "Energiewende: Braunkohle-Exit bis 2030 Kosten ohne Ende!" www.naeb.info/Dokumente/naeb_03.pdf auf den Seiten 6, 8 und 12)

Schwächung der Volkswirtschaft

Nur durch höhere Kaufkraft und Export von im globalen Markt attraktiven Produkten können Arbeitsplätze erhalten werden und neue entstehen. Mehr Energie zu geringeren Kosten erhöht die Produktivität. Diese banalen Tatsachen werden von vielen Politikern nicht gesehen. Sie wollen aus ideologischen Gründen (s.u.) den Strom verteuern und den Verbrauch reduzieren. Es ist ein Weg zum Abbau von Arbeitsplätzen und in die steigende Armut.

Haltlose und sinnlose Ideologien

Strompreiserhöhungen, Stromverknappung und Schwächung des Stromnetzes sind die unweigerlichen Folgen der propagierten Erhöhung der CO₂-Zertifikatskosten. Sollen Arbeitsplätze und damit Wohlstand und eine sichere Zukunft als Erwerbstätige der Kinder und Enkelkinder aufgegeben werden, um der Weltklimarettungs-Ideologie einer nicht legitimierten UN-Instanz (IPCC) und den CO₂-Zielen einer nicht von den Bürgern der

Mitgliedsländer legitimierten EU-Administration willfährig zu sein?

Deutschland hat mit der Energiewende, die in Zukunft verstärkt über steigende CO2-Zertifikatskosten durchgesetzt werden soll, einen falschen und teuren Weg eingeschlagen. Es ist unsinnig, zunächst den drei bis fünf Mal so teuren und nach den Launen des Wetters stark schwankenden Ökostrom vorrangig in das Netz einzuspeisen und ihn durch Kraftwerkstrom bis zur Nutzbarkeit zu veredeln, d.h. zu stabilisieren.

Die Deindustrialisierung Deutschlands stoppen!

Es hat sich erwiesen, dass die Nutzung von Ökostrom oder besser Fakepower ein Marsch aus dem Wohlstand ist und Arbeitsplätze vernichtet. Die Forderung des Stromverbraucherschutzes NAEB lautet: Schluss mit Fakepower! Nur so hat Deutschland eine Chance, ein wohlhabendes Industrieland zu bleiben. Die Kohlekraftwerke, die modernsten und leistungsfähigsten der Welt, die fast alle in den letzten 25 Jahren gebaut wurden, sind unbedingt zu erhalten.

Abschließend kann man es nur als den größten deutschen Aberwitz des 21. Jahrhunderts bezeichnen, wenn diese 55 Gigawatt (GW) Kohlekraftwerke außer Betrieb genommen werden - mit die modernsten der Welt, um dann wegen der Dunkelflaute 55 GW Gaskraftwerke zu bauen, wobei Erdgas drei Mal so teuer wie Braunkohle ist.

Ganz zum Schluss sei erneut erwähnt, dass die CO2-Zertifikate ebenso wie die Fakepower-Nutzung (Sonnen-, Wind-, Biogasstrom) abgeschafft gehören.

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: 2164ea888e110f1cfd7e9c18 von 1600 Stock Photos Package / Energy

Prof. Dr. Lüdecke (EIKE) zerlegt CO2-Klimahysterie im Bundestag
21. Februar 2019 | Ausschnitt aus öffentlicher Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit im Bundestag, am 20.02.2019. Thema: "Kohlendioxidausstoß bei schweren Nutzfahrzeugen".

Hier zu hören, die Statements des Physikers Prof. Dr. Horst Joachim-Lüdecke, Sprecher des Europäischen Instituts für Klima & Energie (EIKE). Dazwischen noch Ausschnitte aus öffentlichem Fachgespräch des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, vom 28.11.2018 im Bundestag (Thema, "Große Hoffnungen und geringe Erwartungen an die UN-Klimakonferenz").

Ganze Anhörung hier: Grenzwerte für Kohlendioxidausstoß schwerer Nutzfahrzeuge in der Kritik
<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw08-pa-umwelt-589112>
<https://www.youtube.com/watch?v=yrDoeg3-Vpw>

Pressekontakt

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.tv
Hans.Kolpak@NAEB.info

Firmenkontakt

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann
Forststr. 15
14163 Berlin

NAEB.de
Heinrich.Duepmann@NAEB.info

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

